

Fraktion DIE LINKE

Mitglieder der Fraktion: Nadine Guinand und Erich Utz

Anfrage: Zukunftssicherungsprozess des Sozialreferats:

Der Bezirksausschuss 7 – Sendling-Westpark möge beschließen:

Die Verwaltung der Landeshauptstadt München wird um Beantwortung der folgenden Fragen gebeten:

1. Wieso werden die Bezirksausschüsse in diesen Prozess nicht vollumfänglich einbezogen?

2. Inwiefern werden die BAs informiert, wenn „Absenkungen des Standards" oder Schließungen von Angeboten aufgrund der Kürzungen anstehen?

3. Welche sozialen Angebote müssen in Sendling-Westpark in absehbarer Zeit geschlossen werden?

4. Welche sozialen Angebote werde den regionalen, welche den überregionalen Angeboten in Sendling-Westpark zugeordnet?

Begründung:

Der Stadtrat hat in der gemeinsamen Sitzung des Kinder- und Jugendhilfe- und Sozialausschuss am 14. Juli 2026 dem dargelegten Verfahren des sogenannten „Zukunftssicherungsprozess" mehrheitlich zugestimmt.

Gemeint ist damit, dass ab 1. Januar 2028 bis zu 50 Millionen Euro im Bereich der zuschussgeförderten Angebote eingespart werden sollen. Der Sitzungsvorlage ist zu entnehmen, dass der Zukunftssicherungsprozess nicht vorsieht die Bezirksausschüsse einzubeziehen (Nr. 20-26 / V 00941).

Dort heißt es: „In dieser Beratungsangelegenheit ist die Anhörung des Bezirksausschusses nicht vorgesehen (vgl. Anlage 1 der BA-Satzung)." (siehe Punkt 12 in der BV).

Wohnortnahe und im Stadtbezirk wirkende soziale Angebote sind ein integraler Bestandteil für eine lebendige und aktive Stadtgesellschaft: Nachbarschaftstreffs, Jugendzentren, Alten- und Servicezentren sowie viele weitere Angebote sind Anlauf-, Begegnungs- und Beratungsorte, die neben der fachlichen Expertise sehr gute Kenntnisse über den Stadtteil haben.

Somit ist es elementar wichtig, dass der Bezirksausschuss informiert ist und in die Entscheidungen einbezogen wird, die den Stadtbezirk betreffen. Dazu gehört eine Darstellung, welche unmittelbaren und mittelbaren Folgen dieser faktische Kürzungsprozess auf die sozialen Angebote vor Ort im Stadtbezirk haben wird.

In Sendling-Westpark mangelt es an sozialen Einrichtungen. Wir haben weder ein Bildungslokal, noch einen Gesundheitsladen und seit Mai 2026 lediglich ein Interimsjugendzentrum im Zelt. Die Entscheidung, kein neues Gebäude für die freiwillige Feuerwehr führt letztendlich dazu, dass kein Jugendzentrum, wie seit Langem geplant, in die Räumlichkeiten der bisherigen Feuerwehr einziehen kann. Die im Prozess vorgesehenen Schritte von Verdichtung von Räumen Zusammenlegung von Angeboten und Absenkung der Standards hätte zur Folge, dass unser Sendling-Westpark noch schlechter als bisher versorgt sein wird.

Des Weiteren werden die aus der Vorlage zu ersehenden Monitoring-Indikatoren die notwendigen Bedarfe nicht erfassen. Existierende Vereinsamung, verdeckte Armut und Präventionsbedarfe sind darin nicht vorgesehen. Bei der voraussichtlich alternden Bevölkerung in Sendling-Westpark werden die sozialen Bedarfe weiterhin wachsen.

Der Bezirksausschuss ist nach den ihm übertragenen Befugnissen zuständig, fehlende soziale Einrichtung zu fordern. Darum ist es notwendig, dass sich der Bezirksausschuss vor den geplanten Kürzungen für den Erhalt und Erweiterung der sozialen Angebote einsetzt.

Sendling-Westpark, 12. Oktober 2026

Nadine Guinand
Erich Utz

Für die Fraktion Die Linke im BA 7